KOLUMNE 22.03.2015 | Bettina Rühl

Kidnapping Ltd.

Entführungen sind längst ein lukratives Geschäft. Statt Hinterzimmerdeals brauchen wir eine politische Debatte, wie darauf zu reagieren ist.

Die Entführungen von Geiseln durch den „Islamischen Staat“, Boko Haram und andere Gruppen ist längst ein lukratives Geschäft. Dazu gehören auch die grausamen Hinrichtungen von Geiseln und deren propagandawirksame Inszenierung. Denn die zur Schau gestellt Skrupellosigkeit und Brutalität der Entführer treibt den Preis für künftige Opfer weiter nach oben und feuert den Handel mit Menschen immer weiter an.

Doch abgesehen von den Propagandavideos der Entführer erfährt die Öffentlichkeit bisher wenig. Regierungen, Hilfsorganisationen, Unternehmen und Versicherungen befürchten, dass Informationen über das weltweite Kidnapping, das dahinter liegende System und über gezahlte Lösegelder Nachahmer auf den Plan rufen. Zudem wollen die Beteiligten natürlich vermeiden, dass Medienberichte das Leben der Opfer zusätzlich gefährden. Tatsächlich aber kann das Thema nicht lediglich in geschlossenen Zirkeln diskutiert werden. Denn es geht um Kernfragen der Menschlichkeit und um unser Verständnis von menschlicher Würde.

Tageskurs für Menschen

Branchenkenner sprechen inzwischen von einer „going rate“, einem „Preisschild“ für Menschen. Der bisherige Rekord lag Ende Januar bei der IS-Forderung nach 200 Millionen US-Dollar für zwei entführte Japaner. Die japanische Regierung zahlte nicht, und die Terrormiliz enthauptete die beiden Geiseln vor laufender Kamera. Die „going rate“ lässt sich dabei durchaus kalkulieren: Der Wert der Entführungsware Mensch bemisst sich nicht zuletzt an der Hautfarbe. Ein „Weißer“ ist teurer als ein „Schwarzer“, jedenfalls wenn der aus einem afrikanischen Land kommt.

Verlässliche Statistiken gibt es nicht. Die Branche der Krisenberater und Risikoversicherer, die in den vergangenen Jahren auch in Deutschland entstanden ist, verfügt nur über vage Schätzungen. Demnach werden jährlich bis zu 40.000 Menschen gekidnappt, um mit ihnen Lösegeld zu erpressen. Versicherungen vermuten bei Entführungsfällen aber eine Dunkelziffer von 90 Prozent. Die Branche nimmt außerdem an, dass mindestens 90 Prozent aller Entführungsopfer weltweit keine Ausländer sind, sondern Einheimische.

Dabei bestimmt nicht nur die Hautfarbe und Herkunft, sondern auch der Bekanntheitsgrad der entführenden Gruppe den Preis einer Geisel. Demnach kann der „Islamische Staat“ mehr Geld verlangen, als eine unbekannte Gruppe aus dem afrikanischen Sahel. Und das nicht zuletzt, weil die IS-Enthauptungsvideos deutlich gemacht haben, dass die Geiseln ermordet werden, wenn kein Lösegeld gezahlt wird. Weitere Faktoren für die Höhe der Forderung sind das Land, in dem die Entführung stattfand, und die Höhe der Lösegeldsumme in ähnlichen Fällen.

Der richtige Umgang mit islamistischen Propagandavideos ist eine enorme Herausforderung für liberale Gesellschaften.

Professionelle Entführer kennen nicht nur diese „going rate“. Sie wissen auch, dass sie den Preis verhandeln müssen und am Ende nie das bekommen, was sie zuerst gefordert haben. Nach erfolgreicher Zahlung geben die Verhandlungsführer einen Teil des Lösegeldes an ihre Helfer und Mittelsmänner weiter – und davon gibt es einige. Denn fast nie werden Geiseln direkt von den Milizionären beispielsweise des „Islamischen Staates“ oder von „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ entführt, sondern fast immer von „Zuarbeitern“ oder Gelegenheitskidnappern. So ist in den betroffenen Regionen ein regelrechtes Netzwerk entstanden, das große Teile der dortigen Gesellschaften ernährt. In der Sahara und im angrenzenden Sahel ist das Terrornetzwerk al-Qaida vielerorts inzwischen der einzige Arbeitgeber. Mancher Familienvater steht vor der Entscheidung: Zwischenhändler für Geiseln oder das wirtschaftliche Nichts.

Die Beträge, die gegebenenfalls als Lösegeld fließen, stammen immer häufiger von spezialisierten Versicherungen. Die entsprechende Police heißt „kidnap and ransom“, „Entführung und Lösegeld“. Dieses sogenannte k+r-Paket umfasst neben dem Lösegeld eine breite Palette von Leistungen, darunter die Kosten für einen Krisenberater. Die

Deckungssumme reicht von drei Millionen Euro bei kleineren Unternehmen bis zu 50 Millionen Euro für größere Konzerne. Auf dem internationalen Markt gibt es diese Policen schon lange, in Deutschland waren sie bis 1998 als „sittenwidrig“ verboten. Bis heute dürfen Versicherungen nicht für k+r-Versicherungen werben. Auch die Unternehmen müssen den Erwerb einer solchen Police geheim halten. Deshalb gibt es keine Statistik aber allein der Versicherungsmakler AON hat Verträge im hohen, dreistelligen Bereich abgeschlossen. Der Markt expandiert, nicht zuletzt dank der Terrormiliz Islamischer Staat – und durch die ausführliche Berichterstattung über die grausame Ermordung von Geiseln.

Wie reagieren?

Doch wie sollen unsere demokratischen Gesellschaften auf die Entführungen reagieren? Der richtige Umgang mit islamistischen Propagandavideos ist eine enorme Herausforderung für liberale Gesellschaften. Eine Informationsblockade ist schon technisch nicht durchsetzbar – ganz abgesehen von der Frage, ob sie in einer freien Gesellschaft wünschenswert wäre. Andererseits spielt jede Verbreitung islamistischer Propaganda den Terrorgruppen in die Hände. Dabei spielt keine Rolle, ob die schaurigen Videos über konventionelle Medien oder soziale Netzwerke veröffentlicht werden. Auch die Zahlung von Lösegeld wirft schwierige Fragen auf: Wird eine Entführung dadurch gleichsam belohnt, ist die Wiederholung dieses „Geschäftsmodells“ eine geradezu logische Folge – von der indirekten Finanzierung der Gewalt über Lösegeldzahlungen ganz zu Schweigen.

Der bisherige Ansatz, das Thema unter den Teppich zu kehren und ohne Diskussion Fakten zu schaffen, ist keine Lösung.

Sollten Regierungen, Arbeitgeber und Familien also keine Lösegelder mehr zahlen und das Opfer stattdessen dem Tod ausliefern? Würde das nicht das Leben möglicher künftiger Geiseln schützen? Doch kann konkretes tatsächliches Leid gegen mögliches künftiges Leid abgewogen werden? Sollte dann konsequenterweise die Absicherung der Lösegeldsumme wieder unmöglich gemacht werden?

Diese Fragen rühren an den Kern des Menschlichen, den eine demokratische Gesellschaft debattieren sollte. Denn eines ist klar: Der bisherige Ansatz, das Thema unter den Teppich zu kehren und ohne Diskussion Fakten zu schaffen, ist keine Lösung. Dabei wäre dann auch

zu klären, ob blutige Enthauptungsvideos für die Meinungsbildung wirklich erforderlich sind.



Bettina Rühl
Köln / Nairobi

Bettina Rühl berichtet seit über zwanzig Jahren aus und über Afrika. Sie lebt in Köln und Nairobi.